



Die Bedeutung der Europäischen Union (bzw. der EG) für die europäische Landwirtschaft

Die Gründung der EWG hatte verschiedene Ursachen.

(1) Sicherung des Friedens

Auszüge aus der Erklärung Robert Schumans vom 9. Mai 1950:

„ (...) Europa läßt sich nicht mit einem Schlag herstellen. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen. Die Vereinigung Europas erfordert zunächst, dass der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird.

Zu diesem Zweck schlägt die französische Regierung vor, in einem begrenzten, doch entscheidenden Punkt sofort zur Tat zu schreiten. Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.

Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern auch materiell unmöglich wird. Die Schaffung dieser mächtigen Produktionsgemeinschaft, die allen Ländern offensteht, die daran teilnehmen wollen, mit dem Zweck, allen Ländern, die sie umfasst, die notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Produktion zu gleichen Bedingungen zu liefern, wird die realen Fundamente zu ihrer wirtschaftlichen Vereinigung legen.

Durch die Zusammenlegung der Grundindustrie und die Errichtung der „Hohen Behörde“, deren Entscheidungen für die teilnehmenden Länder bindend sein werden, wird dieser Vorschlag den ersten Grundstein einer europäischen Föderation bilden, die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist...“

Wie wollte Schuman den Frieden in Europa sichern?

(2) Abbau von Zöllen zwischen den Ländern

17. FEBRUAR 1986 - UNTERZEICHNUNG DER EINHEITLICHEN EUROPÄISCHEN AKTE

Mit der Abschaffung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten kann das im EWG-Vertrag verankerte Ziel eines Gemeinsamen Marktes bereits in den 60er Jahren zum Teil erreicht werden. Die Verfasser des Vertrages hatten indes etliche Handelshemmnisse unterschätzt, die sich hinter einer Vielzahl komplizierter Regelungen verbargen.

Die Kommission leitet daher ein ehrgeiziges Projekt in die Wege, das zur Annahme der Einheitlichen Akte führt. Darin wird die vollständige Verwirklichung des Binnenmarktes auf den 1. Januar 1993 festgelegt.

In der Einheitlichen Akte werden Binnenmarkt und wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt als sich gegenseitig bedingende Ziele miteinander verknüpft. Durch strukturpolitische Maßnahmen werden Regionen mit Entwicklungsrückstand sowie durch technologischen Wandel und Umstrukturierungen benachteiligte Regionen gefördert. Außerdem unterstützt die Gemeinschaft die Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung und gewährleistet, daß die soziale Dimension des Binnenmarktes angemessen berücksichtigt wird. Für die Regierungen der Mitgliedstaaten sind ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarktes und ein gesunder Wettbewerb unabdingbare Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der europäischen Bürger.



Zölle bei der Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten:

Die gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik

Der Zoll in der Europäischen Union hilft bei der Durchsetzung der gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik und trägt auch zu deren Weiterentwicklung und Modernisierung bei.

Die Unterschiede zwischen den niedrigen Weltmarktpreisen und den höheren Preisen in der Europäischen Union könnten zu einem Anstieg der Einfuhren oder zum Verlust von Exportmärkten führen. Daher ist ein flexibles System nötig, das einerseits die Landwirte in der EU vor Billigimporten schützt und andererseits die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse fördert. In der Uruguay-Runde erklärte sich die Europäische Union bereit, die vormaligen Agrarabschöpfungen auf Einfuhren abzuschaffen und sie durch im allgemeinen politisch besser akzeptierte Zölle zu ersetzen. Die Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse setzen sich aus mehreren Teilbeträgen zusammen, und zwar einem beweglichen und einem saisonbedingten Bestandteil und tragen außerdem dem zum Zeitpunkt der Einfuhr zu zahlenden Preis Rechnung.

Quelle: Die Zollpolitik der Europäischen Union, 1999, Broschüre der EU

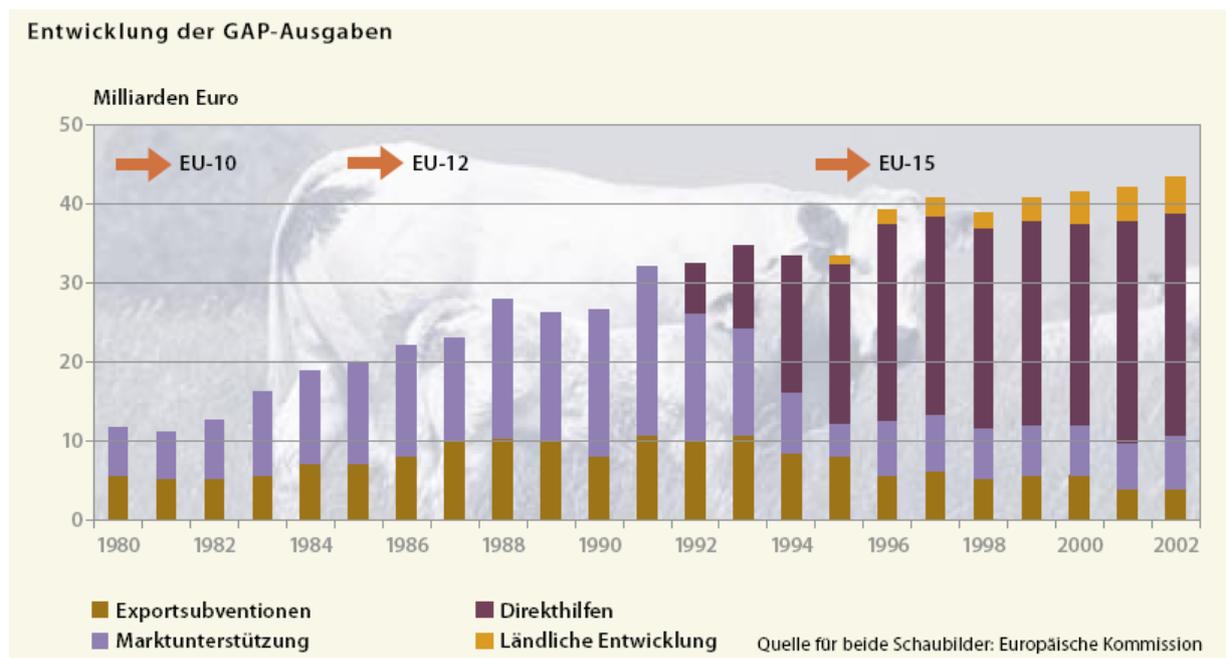
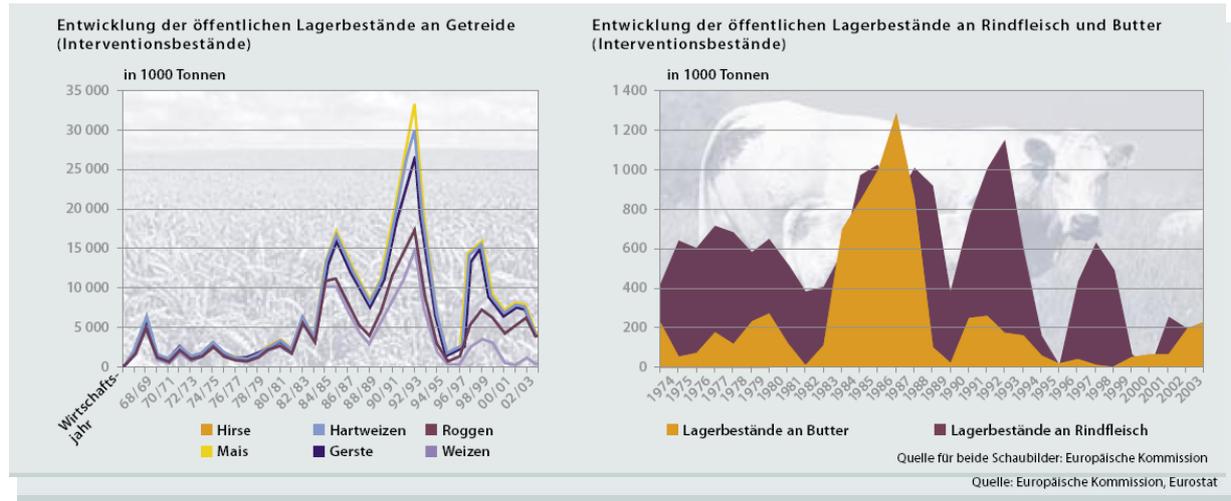
(3) Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

DIE URSPRÜNGLICHE GAP

Die Ursprünge der GAP liegen im Westeuropa der 1950er Jahre, das vom Krieg zerstört war, wo die Landwirtschaft darnieder lag und keine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln gewährleistet war. Mit der GAP der Anfangsjahre sollte vor allem die Produktivität innerhalb der Nahrungsmittelkette angekurbelt werden, um den Verbrauchern dauerhaft erschwingliche Lebensmittel bieten zu können und in der EU einen lebensfähigen Agrarsektor zu schaffen. Die GAP bot den Landwirten Subventionen, garantierte stabile Preise und lieferte ihnen so Anreize, zu produzieren. Es gab finanzielle Unterstützung für die Umstrukturierung der Bauernhöfe. So wurden zum Beispiel Investitionshilfen für die Vergrößerung der Höfe gewährt sowie für Maßnahmen zur Vertiefung von Managementkenntnissen und technischem Wissen, um die Höfe an die damaligen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen anzupassen. Die Aufgabe der GAP, die Selbstversorgung in der EU sicherzustellen, wurde erfolgreich gemeistert. In den 1980er Jahren hatte die EU jedoch mit ständigen Überschüssen zu kämpfen, die (mit Hilfe von Subventionen) innerhalb der EU entsorgt wurden. Diese Maßnahmen bedeuteten einen hohen Kostenaufwand. Sie verzerrten einige Weltmärkte, dienten nicht immer den Interessen der Landwirte und waren bei Verbrauchern und Steuerzahlern unpopulär.

Viele wichtige Veränderungen wurden in den 1990er Jahren durchgeführt. Produktionsbeschränkungen trugen dazu bei, die Überschüsse zu verringern, und es wurde ein neuer Schwerpunkt auf die Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft gelegt.

Im Jahr 2003 einigte man sich auf eine weitere, grundlegende Reform. Landwirte werden inzwischen nicht mehr nur für die Erzeugung von Lebensmitteln bezahlt. Die GAP wird heutzutage von der Nachfrage bestimmt. Sie berücksichtigt die Interessen der Steuerzahler und Verbraucher und räumt den Landwirten gleichzeitig die Freiheit ein, das zu produzieren, was auf dem Markt gewünscht ist. In Zukunft wird der größte Teil der Beihilfen für Landwirte unabhängig davon gezahlt, was und wie viel diese produzieren. In der Vergangenheit erhielten Landwirte um so mehr Subventionszahlungen, je mehr sie produzierten. Nach dem neuen System erhalten sie zwar weiterhin direkte Einkommensbeihilfen, um die Einkommensstabilität zu bewahren, aber die Verbindung zur produzierten Menge wurde aufgehoben. Außerdem müssen Landwirte bestimmte Standards im Umweltschutz, der Nahrungsmittelsicherheit und im Tierschutz einhalten – Landwirten, die sich nicht daran halten, werden die Direktzahlungen gekürzt (dieser Ansatz ist unter der englischen Bezeichnung „Cross Compliance“ bekannt). Die Aufhebung der Verbindung aus Subvention und Produktionsmenge (gewöhnlich als „Entkopplung“ bezeichnet) wird zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit und stärkeren Marktorientierung der EU-Landwirte führen. Sie können nun das produzieren, was für sie die meisten Gewinne bringt, und haben trotzdem die gewünschte Sicherheit beim Einkommen.





18.4.19 51	Gründung der <i>Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)</i> der sogenannten Montanunion mit F, D, I, NL, B, LUX
25.3.19 57	Unterzeichnung der Römischen Verträge: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) entstehen. Ziel ist die Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik der Mitgliedsstaaten
1.1.195 8	EWG + EAG treten in Kraft (Staaten der EGKS)
1.7.196 7	Die drei Gemeinschaften (EGKS, EWG und Euratom) verschmelzen zur Europäischen Gemeinschaft (EG)
1.7.196 8	Abschaffung aller Binnenzölle in der EG und Einführung eines gemeinsamen Außenzolls (Europäische Zollunion)
21.3.19 72	Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS): Die Währungen sollen höchstens +/- 2,25% vom Leitkurs abweichen. Ansonsten wird interveniert. Dies ist der erste Versuch, die Wechselkurse der EG-Staaten untereinander stabil zu halten
1.1.197 3	Beitritt von GB, Irland und DK
1.1.198 1	Griechenland wird das 10. Mitglied der EG
1.1.198 6	Beitritt von Spanien und Portugal
1.7.198 7	Die Einheitliche Europäische Akte tritt in Kraft. Sie reformiert die Römischen Verträge und hat das Hauptziel, bis Ende 1992 einen europäischen Binnenmarkt zu schaffen
26./27. 6.89	Der EG-Gipfel nimmt den Plan von Jaques Delors zur Gründung einer Währungsunion an
1.7.199 0	Die erste Stufe der EWWU tritt in Kraft.
7.2.199 2	In Maastricht wird der Vertrag zur Europäischen Union (EU) unterzeichnet. Er regelt die Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) bis spätestens Anfang 1999.
1.1.199 3	Der Europäische Binnenmarkt tritt in Kraft
2.8.199 3	Die Schwankungsbreite der EWS-Währungen wird auf +/-15% erhöht
1.11.19 93	Der Maastricht-Vertrag tritt in Kraft. Aus der EG wird die EU.
1.1.199 4	Die zweite Stufe der EWWU tritt in Kraft.
1.1.199 5	Österreich, Schweden und Finnland schließen sich der EU an.
2.5.199 8	Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten beschließen, dass 11 Mitgliedsländer an der EWWU teilnehmen
1.1.199 9	Die dritte Stufe der EWWU tritt in Kraft
4.1.199 9	Der Börsenhandel wird auf die neue Währung umgestellt.
1.1.200 0	Griechenland nimmt an der EWWU teil. Euro ab 1.1.2001
1.1.200 2	Einführung des Euro-Bargeldes
1.5.200 4	Osterweiterung der EU



Zeigen Sie auf, warum die staatliche Subventionierung der europäischen Landwirtschaft die Entwicklung des Agrarsektors in den Entwicklungsländern hemmt!

Die staatliche Subvention der europäischen Landwirtschaft reduziert die Abnehmerpreise der dort produzierten landwirtschaftlichen Güter. Dadurch verringern sich die Absatzmöglichkeiten für Waren aus Entwicklungsländern in Europa. Sogar weltweit sinken die Preise, da die europäischen Agrarüberschüsse durch Exportsubventionierung künstlich verbilligt werden. Für die Entwicklungsländern hat das Folgen. Ihre wenig rationalisierten Kleinbetriebe sind nicht mehr konkurrenzfähig. Sie sind bestrebt, ihre Produktion zu steigern (-> auf Kosten der Umwelt, Verschuldung, usw. usw. bla bla bla...).



Landwirtschaft in Frankreich: Der grüne Riese der Europäischen Union

Frankreich gilt als das größte Agrarland Westeuropas, dicht gefolgt von Italien, dem größten Weinproduzenten der Welt.

- 28 350 000 ha werden landwirtschaftlich genutzt.
- Es gibt 680 000 landwirtschaftliche Betriebe, wovon 10 % eine Fläche von über 100 ha haben.
- Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei 42 ha (EU : 18,5 ha).
- Die französische Landwirtschaft produziert 2 % des Bruttoinlandsprodukts und beschäftigt 6 % der Erwerbstätigen (960 000 Personen, davon sind 24 % Arbeitnehmer).
- 66 % der Agrarflächen sind Pachtflächen.



RELIEF

- 0 bis 200 m : Ebenen und Hochebenen
- 200 bis 500 m : Hochebenen und Hügellandschaften
- 500 bis 1500 m : große Hochebenen und Mittelgebirge
- Über 1500 m : Hochgebirge



KLIMAVERHÄLTNISSE

- Kaltes Gebirgsklima
- Gemäßigtes Kontinentalklima
- Gemäßigtes maritimes Klima
- Gemäßigtes Mittelmeerklima



LANDWIRTSCHAFTLICHE FLÄCHE

- Unergibiges Hochgebirge
- Wälder
- Polykulturen und Tierzucht (Milch, Schweine und Hühner)
- Landwirtschaft im Tiefland (verschiedene Getreidesorten, Kartoffeln, Rüben)
- Intensive Landwirtschaft am Mittelmeer (Oliven, Wein, Obst und Gemüse)
- Landwirtschaft und extensive Tierzucht am Mittelmeer
- Weinbau

**Verteilung der Betriebsgrößen in der EU (2003)**

Land	gesamt		Betriebe < 2 ha		Betriebe >100 ha	
	landwirtschaftl. genutzte Fläche (ha)	Anzahl der Betriebe	landwirtschaftl. genutzte Fläche (ha)	Anzahl der Betriebe	landwirtschaftl. genutzte Fläche (ha)	Anzahl der Betriebe
Belgien	1 394 400	54 940	7 440	7 410	245 050	1 700
Tschechien	3 631 550	45 770	13 380	17 050	3 239 010	4 160
Dänemark	2 658 210	48 610	480	620	1 373 210	7 680
Deutschland	16 981 750	412 300	24 770	29 100	8 195 610	28 300
Estland	795 640	36 860	10 080	7 510	451 540	1 090
Griechenland	3 967 770	824 460	342 340	391 530	287 170	1 520
Spanien	25 175 260	1 140 730	369 710	330 460	13 991 920	50 130
Frankreich	27 795 240	614 000	82 610	87 350	13 571 730	83 850
Irland	4 371 710	135 250	2 600	2 240	757 090	4 860
Italien	13 115 810	1 963 820	901 620	1 084 270	3 330 200	14 220
Zypern	156 380	45 200	20 590	31 740	28 720	160
Lettland	1 489 350	126 610	26 360	30 890	442 290	1 520
Litauen	2 490 960	272 110	51 990	34 270	653 230	2 070
Luxemburg	128 160	2 450	220	260	49 870	340
Ungarn	4 352 370	773 380	210 920	566 660	2 597 810	5 480
Malta	10 790	10 990	6 490	9 360	k. A.	k. A.
Niederlande	2 007 250	85 500	11 560	11 360	306 270	1 770
Österreich	3 257 220	173 770	23 280	19 580	783 590	2 950
Polen	14 426 320	2 172 210	719 750	931 670	2 752 630	6 550
Portugal	3 725 190	359 280	173 370	173 690	1 991 690	5 650
Slowenien	486 470	77 150	20 740	17 270	29 650	70
Slowakei	2 137 500	71 740	28 920	56 180	1 994 760	1 850
Finnland	2 244 700	74 950	1 130	1 850	316 140	2 260
Schweden	3 126 910	67 890	390	500	1 453 160	7 870
Vereinigtes Königreich	1 610 510	280 630	29 320	34 230	11 302 410	39 750

Räumliche Differenzierung und Spezialisierung

- in weiten Teilen der nördlichen EU sind Milch und Rindfleisch, aber auch Schweinefleisch die wichtigsten Agrarprodukte
- im südlichen Teil der EU überwiegen Obst-, Gemüse- und auch stellenweise Weinanbau
- in der spanischen Meseta, weiten Teilen Frankreichs und im Südosten Englands dominiert der Getreideanbau
- in städtischen Ballungsräumen (Berlin, Hamburg, Madrid u.a.) dominiert der Obst- und Gemüseanbau sowie die Geflügelhaltung
- die Weinerzeugung nimmt in Frankreich und auch in Teilregionen Deutschlands (z.B. in Rheinland-Pfalz) einen besonderen Stellenwert ein.



Unter vertikaler Integration versteht man die aufeinander folgenden Stufen eines Produktionsablaufes (hier: Elterntierfarm, Brüterei, Mästerei, Schlachtung, Vermarktung), die in einem Unternehmen verknüpft sind. Vertragsmäster werden als Subunternehmer in den Produktionsablauf eingebunden. Sie erhalten Beratung und Blieferung mit Futter und produzieren nach genormten Bedingungen.

Gunstgebiet Ostdeutschland

Weite Teile Ostdeutschlands (Börden) sind von Natur aus landwirtschaftliche Gunsträume. Die sozialistischen Betriebe (LPG: Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) besaßen riesige Flächen, die nach der Wiedervereinigung oftmals in Genossenschaften umgewandelt wurden.

Seit der Wende müssen auch diese rentabel arbeitenden Betriebe hoch subventioniert werden (politische Durchsetzbarkeit).

Wie sind die Bördenzonen entstanden?

Wind kann Sand, Schluff und Ton mit sich tragen, besonders auf Gebieten, die keinen Pflanzenbewuchs ausweisen.

Gegen Ende der Eiszeiten zogen sich die Gletscher zurück, die Grundmöräne ist pflanzenlos. Auf den verbleibenden Eisfeldern bildet sich ein starkes Hochdruckgebiet. Winde wehen von den Alpen in Richtung Nordosten (N

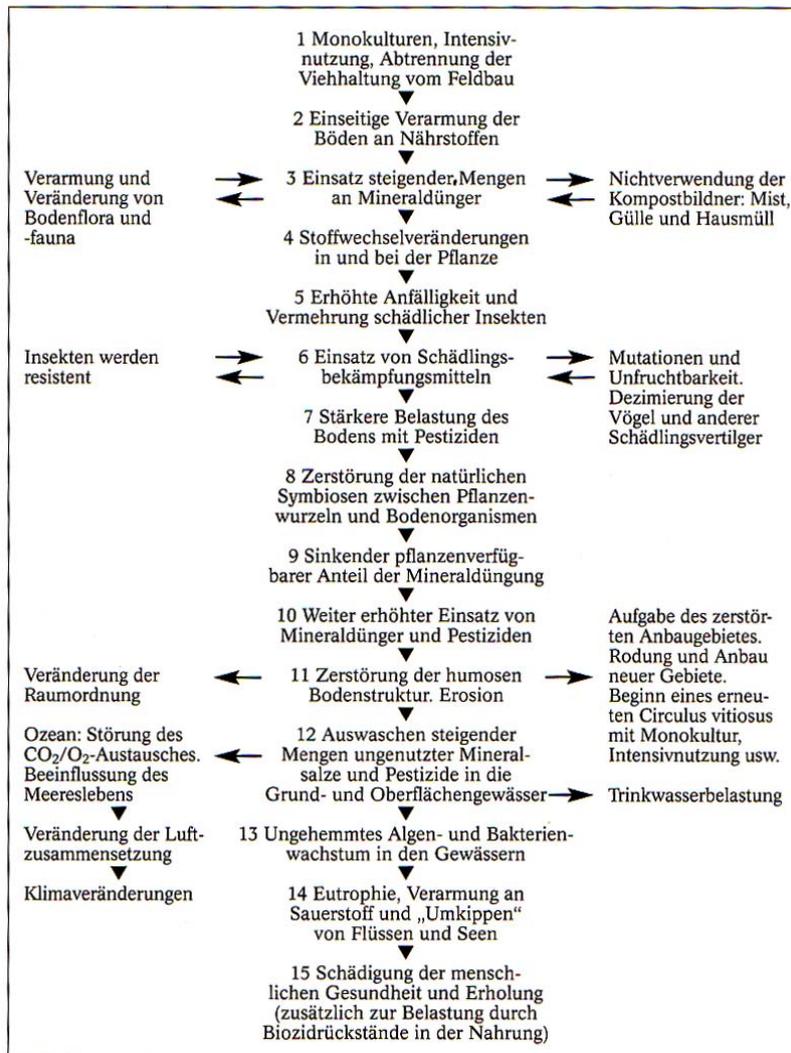


Löss, aufgenommen in Dirmstein (Rheinland-Pfalz)

Löss ist ein vom Wind transportiertes und abgelagertes, deswegen auch äolisch genanntes Sediment, das vor allem aus Schluff besteht. Mineralogisch besteht Löss zum größten Teil (50-80%) aus Quarzkörnern mit 8-20% kalkigen Bruchstücken. Beimengungen von Eisenhydroxiden färben Löss gelblich bis gelblich-rot. Andere Minerale, wie Feldspäte und mafische Minerale, kommen in geringen Mengen vor.



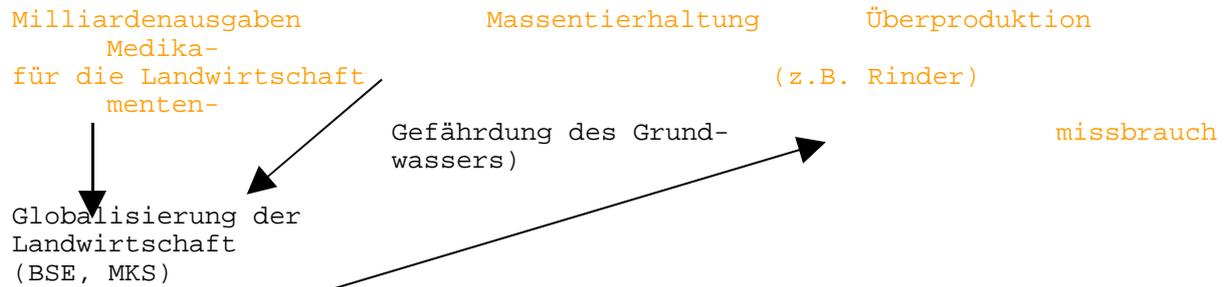
Vor allem entlang der Flussgebiete (z.B. am Oberrhein) wurde der Löss von Westwinden ausgeblasen und deutlich östlich des jeweiligen Flusses wieder abgelagert (wie im Kraichgau). Im Rhein-Maasdelta liegen die Lössflächen auf dem linken Ufer der Flüsse, also weit vom westlich gelegenen Nachbarfluss entfernt, während das Ostufer als Heideterasse vom nur wenig weit gewehtem Sand bedeckt ist.



43.2 Ursache-Wirkung-Beziehung in der Bodennutzung (nach Vester)



3. Aktuelle Probleme



→ Erweiterung der EU um hauptsächlich agrarisch geprägte Mitgliedsstaaten



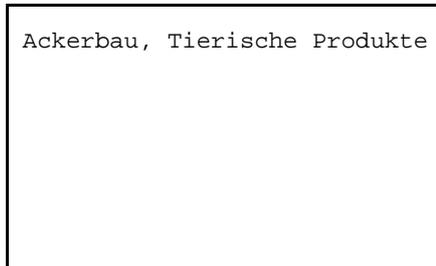
VII. Alternativer Landbau

Konventioneller industrialisierter Landbau, z.T. ohne ausreichende Fläche:

Einkauf von:

Futter,
 Jungtiere,
 Samen,
 Pestizide
 (Schwermetalle,
 (Fungizide,
 Pestizide)
 Herbizide,
 Insektizide),
 Dünger (z.T. Klärschlamm)

landwirtschaftlicher Betrieb



Produkte

Nitratbelastung
des
Grundwassers
Mist, Gülle

Ökologisch-biologischer Anbau:

